

Die Aufrüstung sabotiert sich selbst

11 Feb. 2026 22:00 Uhr

Nichts kann die deutsche Politik derzeit besser, als sich ins eigene Knie zu schießen. Und größere Teile der Wirtschaft sind da nicht besser: Dort ist es der neoliberale Glaube, die Löhne so weit wie möglich zu drücken, der am Ende zur Selbstsabotage wird.



© Urheberrechtlich geschützt

Von Dagmar Henn

Vergangene Woche wurden, unter dem Vorwurf der Sabotage, zwei Mitarbeiter der Hamburger Werft Blohm + Voss verhaftet. Ein 37 Jahre alter Rumäne und ein 54 Jahre alter Grieche. Sie sollen gleich mehrere Male Korvetten, die dort für die Bundeswehr gebaut werden, beschädigt haben.

Die *Zeit* hat nun eine wirklich unterhaltsame Recherche dazu [veröffentlicht](#), in der auch ein sehr wichtiger Satz steht:

"Es gibt nach Informationen der *Zeit* bislang keinen konkreten Hinweis darauf, dass russische Geheimdienste die Sabotage der deutschen Korvetten in Auftrag gegeben haben könnten."

Dann wird ausführlich dargelegt, wie gründlich bei den Sicherheitsüberprüfungen für derartige Betriebe einer auf den anderen verweist, also der MAD auf den Verfassungsschutz und der auf das Unternehmen... und es wird sogar ein klein wenig die Vermutung geäußert, die beiden Männer, die immerhin bereits seit 2022 dort arbeiteten, könnten ganz andere Motive gehabt haben. Und zwar nicht nur, weil es schließlich auch die russischen Dienste so ungeheuer stark aussehen ließe, wenn man ihnen alles zuschriebe, was auch nicht gut wäre.

Und kommt sogar darauf, das könnte etwas mit befristeter Beschäftigung zu tun haben. Weil die Schiffe, wenn an ihnen etwas kaputt ist, eben noch ein wenig länger für Arbeit auf der Werft sorgen.

Aber wie das so ist, die entscheidenden Informationen schreiben die drei (! – Was macht ihr eigentlich sonst so den ganzen Tag, Kollegen?) Journalisten der *Zeit*, die diesen Text verfasst haben, zwar hin, aber so richtig begreifen tun sie sie nicht.

Das erste entscheidende Detail ist das hier: "Beide arbeiteten nach Recherchen der *Zeit* bereits seit 2022 für einen Dienstleister von Blohm + Voss." Aha. Und dann das: "Die Männer lebten zeitweise gemeinsam in einem Einfamilienhaus im Hamburger Stadtteil Neugraben, das in mehrere Monteurswohnungen unterteilt ist, die von ihrem Arbeitgeber zur Verfügung gestellt wurden."

Ein Einfamilienhaus, aber mehrere Wohnungen – das klingt nach bestenfalls einem Zimmer pro Nase. Oder womöglich gar Stockbetten. Und Dienstleister? Die Sache mit dem Zimmer klingt eher nach noch einer Stufe unter Zeitarbeit.

Unsere braven *Zeit*-Schreiber erkundigen sich bei einem Institut der Führungsakademie der Bundeswehr, wie das so ist mit Sabotage. Wo sie sich nicht erkundigen? Bei Gewerkschaften. Gut, bei der IG Metall, die dafür eigentlich zuständig wäre und in deren Geschichte Blohm + Voss einmal eine große Rolle gespielt hat, hätten sie vielleicht nicht so viel erfahren. Immerhin ist eines klar: Die beiden Männer gehören nicht zur IG-Metall-Lieblingsklientel der festangestellten Facharbeiter. Aber die Griechen beispielsweise sind trotzdem meistens gut organisiert.

In einer [Studie](#) des Instituts Arbeit und Wirtschaft aus dem Jahr 2013 ergab eine Befragung der Betriebsräte in deutschen Werften, dass die durchschnittliche Quote der mit Werkverträgen Beschäftigten 27,8 Prozent betrug. Eine negative Ausnahme bildete unter anderem die Lürssen Werft, neben Meyer und Neptun eine von jenen, die "fast ebenso viele Werkvertragsnehmer auf dem Gelände haben wie Stammbeschäftigte". Lürssen übernahm Blohm + Voss 2016. 2025 wurde die Hamburger Werft von Rheinmetall gekauft.

"Sie hatten lediglich zeitlich begrenzte Werkverträge bei einem Subunternehmer von Blohm + Voss. Zumindest denkbar ist, dass sie die Boote sabotiert haben könnten, weil sie hofften, dann länger auf ihnen arbeiten zu können und mehr Geld zu verdienen", schreibt die *Zeit*.

Dazu sollte man vielleicht sagen, dass ein Werkvertrag seit 2022, unter den erwähnten Bedingungen wie Monteurwohnung, eigentlich ein Grund für eine Klage vor dem Arbeitsgericht auf Festanstellung sein könnte. Mit Sozialversicherung und allem, was dazugehört. Dass solche Arbeitsverhältnisse über so lange Zeit bestehen, sagt eine Menge aus über die Zustände bei Blohm + Voss. Dass die beiden bei einem Subunternehmer beschäftigt waren, ein Grieche und ein Rumäne, legt auch nahe, dass sich die Beschäftigten möglichst wenig verständigen können sollten. Werkverträge werden in der Regel mäßig bezahlt, was wieder zu den Monteurswohnungen passt, weil eine eigenständige Wohnung vermutlich nicht finanzierbar ist.

Der DGB Hamburg hatte 2020 darauf [aufmerksam](#) gemacht, dass "nicht nur die Fleischindustrie Probleme mit Ausbeutung und schlechten Wohnverhältnissen unter dem Deckmantel der Werkverträge" habe. Anlass dafür waren während Corona hohe Infektionszahlen bei miserabel untergebrachten Werkvertragsbeschäftigten – bei Blohm und Voss. Verhältnisse, die mit der Fleischindustrie vergleichbar sind? Das ist Ausbeutung unterster Kategorie.

Die drei Helden von der *Zeit* tun die Frage dieser Arbeitsverhältnisse aber schnell ab – schließlich habe einer der beiden bis zu seiner Verhaftung weiter dort gearbeitet. "Im Januar 2025 etwa sollen Marian L. und Naim M. bei Blohm + Voss rund 25 Kilogramm Strahlkies in den Motorblock der Korvette Emden geschüttet haben." Kann man sich das vorstellen, wenn man an die Verhältnisse in der Fleischindustrie denkt? Und an mehr als drei Jahre mit schlechter Bezahlung und irgendeiner Notunterbringung bei schwerer, gesundheitlich belastender Arbeit als Lackierer und Schweißer?

Oh ja, man kann. Man kann das sogar verallgemeinern. Man kann dabei auch an die alte Liedzeile denken, "alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm das will". Oder einfach darauf hinweisen, dass alle Sicherheitsüberprüfungen nichts nützen, wenn derartige Verhältnisse herrschen. Das ist dasselbe Dilemma, vor dem auch die Bundeswehr steht: Loyalität gibt es nicht für mau. Wer miserabel bezahlt wird, sich schon auf die Altersarmut freuen darf und sich jeden Monat fragt, wie er durch denselben kommt, ist nicht loyal, und wenn er zehnmal überprüft wurde. Und hat auch nichts zu verteidigen.

Das war die Sache einmal, das sozialdemokratische Konzept der alten Bundesrepublik: den Proleten mit Häuschen und Auto versehen, damit er eben mehr zu verlieren hat als seine Ketten. Die ganzen Jahrzehnte Neoliberalismus haben dann wieder auf die Ketten zurückgeführt. Ein Werkarbeiter in einer solchen Werft, aus dem EU-Ausland, in einer Arbeiterabsteige untergebracht, das ist ein Stück Fleisch, Manövriermasse, Menschenmaterial. Da sind wir wieder im 19. Jahrhundert.

Da braucht man nicht so vornehm herumzutun wie die *Zeit*, und einen Vizeadmiral anführen, der natürlich wieder "Russland hinter den Taten" vermutet. Nein, das ist das Paradoxon der zerfallenden Gegenwart: Treue einfordern, ohne dafür etwas zu geben.

Lange Zeit war, auch wenn das lange her ist, die Bezahlung von Beamten relativ gut. Übrig ist davon für die unteren Ränge nur noch die vergleichsweise gute Pension. Diese gute Bezahlung war eine entscheidende Voraussetzung für die Loyalität, die erwartet wurde. So, wie eigentlich früher auch in besonders wichtigen Industrien besser bezahlt wurde. Aber das ist im Zuge des Neoliberalismus alles verschwunden.

Wenn wir noch in den 1970er Jahren wären, wäre der weitere Ablauf klar gewesen. Die IG Metall hätte sich ein wenig um den Betrieb gekümmert, dann hätte der Betriebsrat Verhandlungen begonnen, und weil aufgrund der besonderen Produktion auch die Firma ein Interesse an ruhigen Verhältnissen hat, wären daraufhin ziemlich schnell die Löhne der betroffenen Beschäftigten verbessert worden.

Heute beschäftigt man bei sicherheitsrelevanten Rüstungsprojekten Arbeitssklaven mit Werkverträgen und wundert sich dann, wenn die ab und zu etwas Zucker in den Motor gießen, Sand ins Getriebe. Dabei ist das nur die logische Folge der Verhältnisse. Und keine Sorge, in dem Moment, in dem noch mehr dieser Beschäftigten ihrer Wut Luft verschaffen, geht dann gar nichts mehr. Russen braucht es dazu gar keine.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln